

Deutschland.

Berlin, 25. Januar. Der „*Ungarische Lloyd*“, ein in Pest erscheinendes Blatt, enthält die Nachricht, daß der preussische Gesandte in Kopenhagen, v. Heydebrand und der Laß in Berlin anwesend gewesen sei und sich dahin von Kopenhagen auf besondern Wunsch der dänischen Regierung nach der endlichen Regelung der nordisch-schwedischen Frage begeben habe. Die Nachricht ist ohne allen Grund. Hr. v. Heydebrand und der Laß ist nicht von Kopenhagen hierher gekommen, sondern hat den größten Theil seines Urlaubs, den er gehabt hat, in Baden-Baden zugebracht und sich jetzt von dort nach Kopenhagen zurückbegeben. Bei dieser Anwesenheit hat er sich auch einige Tage in Berlin aufgehalten. — Durch hiesige Korrespondenzen ist die Nachricht verbreitet worden, daß die Regierung Einleitungen getroffen habe, um die Sequestration des Vermögens des ehemaligen Königs von Hannover und Kurfürsten von Hessen in die Konfiskation zu verwandeln. In unterrichteten Kreisen ist hiervon nichts bekannt. Man sieht hier vielmehr die Verschärfung der Sequestration, die insofern erfolgt, als die Aufhebung derselben nicht durch Verordnung sondern durch einen Gesetzesakt eintreten soll, einzuweisen für vollständig genügend. — Der Vorsitzende der von dem ehemaligen Kurfürsten von Hessen errichteten Ordens-Kommission, Freiherr von Berschur, ist zugleich Hofmarschall des Kurfürsten. Früher war er Adjutant desselben und gehörte im Jahre 1866 zu denjenigen Persönlichkeiten, die den Kurfürsten am meisten gedrängt haben, sich auf die Seite Oesterreichs zu stellen. — Wie aus Bukarest gemeldet wird, hat die rumänische Regierung gegen die Bandenführer, die vorigen Sommer in Bulgarien eingebrochen sind, ein gerichtliches Verfahren eingeleitet und ist jeder derselben zu 76 Monaten Gefängnis verurtheilt. Es liegt darin der Beweis, daß die rumänische Regierung sowohl den Willen als die Macht besitzt, verurtheilten Ausschreitungen entgegenzutreten. — Die liberalen Blätter beschäftigen sich viel mit der Frage, welche Stellung das Herrenhaus zu dem Gesetze, die Zinsgarantie für die Köln-Mindener Bahn betreffend, speziell zu dem sogenannten Entlastungsparagraphen desselben nehmen werde. Einige derselben meinen, daß das Herrenhaus den Entlastungsparagraphen verwerfen und somit das ganze Staatsgesetz in Frage stellen werde. Es mag hier unerörtert bleiben, ob die Befürchtung wirklich Grund hat, daß das Herrenhaus dem Indemnitäts-Paragraphen seine Zustimmung versagen könnte, indessen selbst im Falle der Verwerfung desselben würde das Staatsgesetz nicht alterirt werden, da das Garantie-Gesetz ein Spezialgesetz ist und keinen integrierenden Theil des Staatsgesetzes bildet. Das Garantie-Gesetz würde im Falle eines Dissensus an das Abgeordnetenhaus zurückgehen und es würde, falls es gar nicht zu Stande käme, der Regierung obliegen eine andere Garantie aus sonstigen Staatsfonds zu bestellen, das Staatsgesetz aber würde nach der Genehmigung desselben durchs Herrenhaus nicht wieder zurück ins Abgeordnetenhaus, sondern sofort zur Sanctionirung an die Krone gehen. — Das Resultat der Beratungen und Beschlüsse der Unterrichts-Kommission über die Petition der Breslauer Stadtschulbehörde, die Konfessionslosigkeit der höheren Lehranstalten, geht bekanntlich dahin, daß gar nichts beschlossen worden ist. Ueberhaupt haben sich nach den eingehenden Darlegungen und sachlichen Erwiderungen des Kultusministers in der Debatte über den Etat dieses Departements die Ansichten mannigfach geklärt und die Ausregungen vielfach beruhigt. Es ist dies auch daraus ersichtlich, daß die Stimmenträger und Organe, die früher für die Konfessionslosigkeit der höheren Lehranstalten auftraten, jetzt bereits einen andern Standpunkt einnehmen und ihre Forderungen auf Simultan-schulen richten. Hiergegen ist nichts einzuwenden. Es bestehen nicht nur schon Simultan-schulen in Preußen, sondern der Kultusminister hat auch wiederholt erklärt, daß er zur weiteren Errichtung von Simultan-schulen gern die Hand bieten werde. — Die neuerdings wieder aufgetretene Nachricht von Verlegung der Universität von Kiel nach Altona hat jetzt ebensoviele Wahrscheinlichkeit wie früher für sich. — Das Kultusministerium hat zur Regelung eines gleichmäßigen Verfahrens durch eine Circular-Verfügung an sämtliche Konfessionen in den alten Provinzen bestimmt, daß in Ausführung der Allerhöchsten Statuten vom 18. Oktober 1864 und vom 20. September 1866 das Duppel-Sturmkreuz, die Kriegsdenkmünze für 1864 und das Erinnerungskreuz für 1866 verstorbener berechtigter Inhaber entweder in der Pfarrkirche, oder in der Sakristei der Pfarrkirche, in deren Bezirk die Letzten zur Zeit ihres Ablebens ihren Wohnsitz hatten, aufbewahrt werden, befestigt an einer schwarzen Tafel, auf welcher neben der Denkmünze die Namen der verstorbenen Inhaber oder die Nummern des diese Namen enthaltenden Verzeichnisses sich befinden. Werden die Tafeln in der Kirche aufgehängt, so soll der Altarraum nicht dazu benutzt werden. — Vom Handelsminister ist heute die Konferenz wegen Reorganisation der Gewerbeschulen eröffnet worden. Man

hofft, daß sie ihre Arbeiten noch im Laufe der Woche beenden wird.

Berlin, 26. Januar. Sr. Maj. der König arbeitete am Sonntag Vormittags, hatte hierauf eine Konferenz mit dem Handelsminister Grafen Ippolit und dem Präsidenten des Haupt-Bank-Direktoriums v. Dechend, ertheilte alsdann Audienz und machte Nachmittags eine Ausfahrt. Die Familientafel fand im Kronprinzlichen Palais statt und hatte während derselben der Kiese Ansat die Ehre, sich vorzustellen. Abends besuchte der König die französische Vorstellung. Gestern Vormittags empfing der König den General v. Kammecke, sowie den Feldprobst Thiele, nahm darauf die Vorträge des Geh. Kabinetstheaters v. Mühl, des Geh. Ober-Regierungsraths Behrmann entgegen und konferirte später mit dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck. Zur Tafel begaben sich die hohen Herrschaften in das Kronprinzliche Palais und Abends hörte der König mit den Prinzen, der Generalität u. den Vorträgen, welchen Dr. Kupner aus Breslau in der militärischen Gesellschaft im englischen Hause über: „Einige wichtige Momente aus dem Feldherrnleben Friedrichs des Großen“ hielt.

— Der preussische Hof legt, der Etiquette gemäß, für Prinzen unter zehn Jahren keine Trauer an. Der dahingeshiedene belgische Prinz hätte das zehnte Jahr erst am nächsten 12. Juni erreicht. So hat nur die Kronprinzessin, als nahe Verwandte, ausnahmsweise Trauer angelegt.

— Aus Altona wird mitgetheilt, daß Ihre Majestät die Königin Augusta eine Tochter des Grafen v. Schimmelpenninck-Altenburg zu Althörschloß Hofdame ernannt habe.

— (Post.) Bisher hieß es, Oesterreich und die Türkei hätten Resolutionen gegen Griechenland gefordert, falls dieses die Konferenzbeschlüsse nicht annähme. Wir sind in der Lage zu versichern, daß die Macht, welche diesen Gedanken — wenn auch nicht ganz in derselben Form — auf der Konferenz am eifrigsten befürwortete, Preußen war. Es kam unserer Regierung offenbar darauf, unabweisbares Zeugnis davon abzulegen, daß sie, so sehr die Umstände es auch einmal nöthig machen können, mit Aufstand zu gehen, in diesem Augenblick noch nach seiner Seite gebunden ist.

— Es gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit, schreibt die „*Kr.-Ztg.*“, daß der preussische Landtag mit Ende Februar geschlossen und der Reichstag sogleich mit Anfang März eröffnet werden wird.

— Das Amtsblatt der königlichen Regierung zu Schleswig enthält folgende Bekanntmachung, betreffend die Vorarbeiten für eine zu erbauende Eisenbahn von Berlin über Kiel nach Flensburg: „Durch Erlass vom 17. August v. J. hat Sr. Exc. der Herr Handelsminister einem durch F. A. Lichtenberg in Berlin und den Grafen Traßler de St. Simon vertretenen „Gründungs-Comité“ die Genehmigung der Anfertigung von Vorarbeiten für eine Eisenbahn von Berlin über Schwerin, Lübeck und Kiel nach Flensburg hinsichtlich des diesseitigen Staatsgebiets mit der Bedingung ertheilt, die Vergütung der hierbei etwa vorkommenden Beschädigungen an Grundeigentum mittels Hinterlegung einer Kaution von 10,000 Thlr. bei der königl. Regierungshauptkasse zu Potsdam sicherzustellen. Nach erfolgter Deposition dieser Kaution hat darauf das Gründungs-Comité hierseits angezeigt, daß mit der Ausführung der Projektirungsarbeiten unter Leitung des Baumeisters Kretschmer in Berlin demnächst begonnen werden solle.“

Hamburg, 24. Februar. Zwischen der Direktion des hiesigen Stadttheaters und dem Schauspieler Tiegenhaller schwebt bei dem hiesigen Niedergericht ein Prozeß, der auch weiterhin nicht ohne Interesse ist. Tiegenhaller war im Herbst vorigen Jahres zu einem Gastspiel hierher gekommen in der Erwartung, daß bei seinem günstigen Erfolge auch an anderen Orten seines Weilebens an der hiesigen Bühne von längerer Dauer sein würde. Er gelangte indeß gar nicht zum Auftreten und in der angestrenzten Klage entgegnete der Beklagte, Direktor des Stadttheaters, daß er, der Künstler, den gerechten und billigen Erwartungen, die man an einen Jünger der Kunst stellen müsse, schon in der Probe nicht entsprochen habe. Das Niedergericht hat den Direktor nummehr verpflichtet, einen Eid zu leisten, daß dies der alleinige Kündigungsgrund sei und der Künstler eben den Anforderungen, die man an einen Darsteller des Faches eines ersten Helden und Liebhaber an einer guten Bühne stellen müsse, nicht entspreche, oder durch Sachverständige, die bei der Probe zugegen gewesen sind, diesen Beweis der Unfähigkeit des Künstlers beizubringen. Bis jetzt ist weder der Eid geleistet, noch der eventuelle Beweis beigebracht worden. Es ist daher nur zu oft der Fall, daß sich die Bühnen, unter dem Schutze gewisser Kontraktklauseln, nicht scheuen, sich für Gastspiele und bestimmte Rollen gleichzeitig mehrere Schauspieler kommen zu lassen und sich aus diesen den genehmigten herauszusuchen, während die anderen dann für längere Zeit brotlos sind.

Hamburg, 24. Januar. Der norddeutsche

Bundeskommissar zur Kontrolle des Auswandererwesens trifft zu günstiger Zeit hier ein. Die Schiffsahrt ist durch Eis unterbrochen, Herr Kapitän Weidmann hat also Mühe, sich theoretisch zu informieren. Er wird bald genug zu der einzig korrekten Ansicht kommen, daß die Justiz in Hamburg eine Bundesfache werden müsse, wenn eine Kontrolle des Auswandererwesens nicht effectlos bleiben soll. An der Spitze der Auswandererwesens steht der Polizeiherr. Senator Peterse ist ein Mann, der gewiß den besten Willen hat, dem aber die Verhältnisse das Können geradezu unmöglich machen. Ein Mann, der neben 7—8 sonstigen Ehrenämtern Tag aus Tag ein 6—8 Stunden auf der Polizei mit Arrestanten, Krakehlern u. u. herumzankt, muß, abgesehen bis zur Erschöpfung zu Tische geht, Nachmittags und Abends sich mit Gott weis wie viel anderen Verwaltungszweigen abzuwägen muß, ist gezwungen, sich auf seine von Sporteln seit verwichenen Subalternen zu verlassen, welche im besten Falle nie mehr thun, als das, was sie absolut müssen. So werden wiederholt 200 Ballen ungereinigter Pferdehaare in den Schiffen „übersehen“, so nur können die Vorcommis eines Provinzials zum Entsetzen durchschlüpfen. Die ganze Untersuchung post festum besorgt dann die Polizei, dieselben „beschäftigenden“ Subalternen dienen — in Ermangelung anderer — als klassische Zeugen, fabriziren das Material als Cicerones pro domo, nach welchem das Obergericht sein Urtheil spricht. Es klingt hart, aber es ist wahr, der Chef der Polizei ist ganz in den Händen der Subalternen. Gelingt es nicht, daß der Bund die fogen. Wasserpelizei in Händen bekommt, so kann der Bundeskommissar mit dem redlichsten Willen, mit der größten Sachkenntnis Nichts ausrichten; er wird zum Leidensgefährten des Polizeichefs, gelächelt und verwirrt wie dieser. Will der „norddeutsche Bund“ in der That eine Seemacht werden, so muß das erste doch sein, daß er die Justiz im Seewesen in den Handen der Subalternen erklärt. Table man also in Berlin Herrn Weidmann nicht, wenn derselbe in Hamburg vorläufig sich nur Erfahrungen sammeln kann.

Bremen, 24. Januar. Der Nautische Verein hat während der letzten Woche zwei Sitzungen den Bedingungen des Rechts zur Führung von Seeschiffen gewidmet, welche demnächst auf Grund der Beratungen einer am 27. Januar in Berlin zusammengetretenen Sachverständigen-Konferenz für ganz Norddeutschland einheitlich geregelt werden sollen. Die Ergebnisse waren in der Hauptsache etwa folgende: Prüfungen sind zwar keine so zuverlässige Bürgschaft wie eine strenge gerichtliche Verantwortlichkeit für schlechte Schiffsführung, aber bis auf weiteres, und namentlich bis zur Bildung von Seegerichten, als Surrogat doch noch beizubehalten; sie müssen sich beschränken auf die Fähigkeit ein Schiff sicher über See zu bringen, also nicht erstrecken auf Rechts-, Handels- und Gesundheitsfragen; die Küstenfahrt, d. h. Nordsee- und Ostsee-Fahrten muß der einzelstaatlichen Regelung überlassen bleiben; zwei Prüfungen mit dazwischenliegendem praktischem Dienst. Mit der letztgenannten Forderung nähert der Verein sich dem bekannten preussischen Entwurf, den er sonst zu Gunsten des hier aufgestellten und in Hamburg adoptirten Entwurfs meist bekämpft.

— Die „*Commercial Navigation Company*“ in Newyork bewirbt sich bekanntlich um den gesammten amerikanisch-europäischen Postdienst, den ein Kongreß-Beschluß vom vorigen Juli ihr auch bereits zu namhaft günstigeren Bedingungen als jetzt bestehen zugesagt hat, wiewohl die Gesellschaft heute noch kein einziges Schiff zu bauen auch nur angefangen hat; während der Generalpostmeister Randall in Washington sich mit ihr nicht einlassen will, indem er den Kongreßbeschl. als eine bloße Erlaubnis, nicht als Befehl ansieht. Von den noch gar nicht ausgegebenen Aktien dieser Gesellschaft hat sich nun unlängst eine Partie im Besitz eines Steuerbeamten gefunden, der wegen Unterschleifes unter Anklage gestellt ist. Da ist die Bestechung also einmal auf freier That ergrißen.

Leipzig, 21. Januar. Gestern Abend verschied nach längerem Leiden der Schriftsteller Theodor Delers. Delers war im Jahre 1816 zu Leipzig geboren, studirte hier und widmete sich seit 1839 ausschließlich literarischen Arbeiten. Es liegen von ihm 42 Bände vor, meist Original-Romane und Gedichte (darunter z. B. „*Tolle Welt*“, „*Humoristische Märchen*“, „*Der Allerletzte*“), dann politische und soziale Schriften und außerdem noch 70 Bände Uebersetzungen; fünf verschiedene Zeitschriften hat er hier und anderwärts geleitet, zahllos aber ist die Menge von Beiträgen, die er für viele bekannte Journale lieferte. An der Bewegung des Jahres 1848 nahm er hervorragenden Antheil; er war z. B. Mitglied des Ausschusses im Volksverein. Der Theilnahme an hochverräterischen Unternehmungen (dem Matkamps 1849) angeklagt, ward er zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt, nachdem er eine wegen Preisvergehens über ihn ausgesprochene Gefängnisstrafe zu Hubertusburg noch nicht

einmal ganz verbüßt hatte. Was er in dem Gefängnisse (1849 bis 1858) erlebt, hat er in seinem Werkchen „*Aus dem Gefängnisleben*“ geschildert, das trotz aller Milde der Darstellung schon durch die bloßen Thatfachen, die es enthält, ein grauerregender Beitrag zur Geschichte unsers Gefängniswesens in jener Zeit ist und bleiben wird. Zu unbeugsam, um die königliche Gnade anzuflehen, war er einer von jenen, die am längsten im Kerker blieben. Im Jahre 1861 begab er sich nach Brasilien, wo er durch Führung der „*Deutschen Zeitung*“, zu welcher ihn die dortigen Landesleute berufen hatten, für das deutsche Element und gegen die dortigen Jesuiten wirken zu können hoffte. Ziemlich enttäuscht kehrte er im nächsten Jahre nach Deutschland zurück, übernahm 1864 die Redaktion einer Zeitung in Rostock, wandte sich aber bald wieder nach Leipzig, wo er schriftstellerisch thätig war, bis ihn gegen den November v. J. die Kräfte verließen. Fest und ruhig und mit jener stillen Heiterkeit, die seine nähern Freunde an ihm zu schätzen wissen, sah er seit Monaten seiner Auslösung entgegen.

Deßau, 23. Januar. (Post.) In den betreffenden Abtheilungen des Landtags ist die Beratung der Grundzüge zur Domänenvorlage bereits im vollen Gange. Die Referenten für dieselbe sind bereits zusammen getreten und ist eine Einigung der Beschlüsse sämtlicher drei Kurien erfolgt. Herr von Braunbehrens ist zum Berichterstatter ernannt. Der schriftliche Bericht des Ausschusses wird demnächst gedruckt und diese wichtige Vorlage dann die Tagesordnung bilden. Je näher die Tage der ersten Versammlungen heranrücken, je mehr diskutiert man in allen Kreisen diese unsere Zukunft und fernere Existenz entscheidende Frage. Man fragt sich von allen Seiten, ob diese mit elliger Macht entworfene Vorlage nicht mit einem ersten Nachspiele, d. h. mit einem Rückzuge der Dynastie endigen werde. In einer Deßauer Korrespondenz der „*Magdeburger Zeitung*“ wurde kürzlich mit der bewundernswürdigen Offenheit die Entsagung Sr. Hoheit des Herzogs als das wünschenswerthe Ziel der Operation bezeichnet und erweckt dieselbe die vielleicht nicht unberechtigte Vermuthung, daß der Korrespondent ein Wort zu viel geplaudert habe. Dennoch soll es nach mir gegebenen Versicherungen positiv feststehen, daß man am Hofe schon jetzt die Schritte abwägt, welche im Falle einer Ablehnung der Vorlage seitens des Landtags zu thun seien. Die Wogen gehen hoch und vielleicht steben wir der Entscheidung näher, als wir glauben. — Das Jagdablosungsgesetz ist ebenfalls in den Abtheilungen durchberathen und steht dessen Beratung im Plenum demnächst bevor. Die Diät nimmt somit einen raschen Verlauf und dürfte der Landtag vielleicht Ende Februar geschlossen werden. — Ihre Hoheiten der Herzog von Sachsen-Altenburg und der Erbprinz von Sachsen-Altenburg werden als Gäste an unserm Hofe, um an mehreren Hofjagden Theil zu nehmen. Vorgestern fand eine solche in der Umgegend von Köthen statt, zu welcher auch die Generale v. Alvensleben, Franck und der Graf von der Asseburg geladen waren. Seine Hoheit der Herzog, schon seit einiger Zeit leidend, hatte Se. Hoheit den Erbprinzen mit Vertretung seiner hohen Person beauftragt. — Am nächsten Tage leisteten die neu zum Dienst einberufenen Rekruten in der hiesigen Schloßkirche Sr. Majestät dem Könige von Preußen, als ihrem obersten Bundesfeldherrn, in feierlicher Weise den Fahnened.

Darmstadt, 21. Januar. Die „*Darmstädter Zeitung*“ läßt sich über die hier gestern wahrgenommenen Erdstöße also vernehmen: Am gestrigen Tage wurden hier abermals mehrere Erdstöße verspürt; die beiden ersten, deren einer um 8, der andere um 11 Uhr Morgens stattfand, wurden von verschiedenen Personen, die in ihren Aussagen mit einander übereinstimmen, wahrgenommen. Drei weitere erfolgten im Verlaufe des gestrigen Nachmittags, deren erster, etwa 12 Sekunden andauernd, um 2 Uhr 27 Minuten sowohl in der Alt- wie in der Neustadt wahrgenommen wurde, während die beiden anderen schwächeren Stöße, vorzugsweise an der östlichen Seite der Stadt bemerklich waren und auch von dem Berichterstatter genau beobachtet wurden. Der zweite der Nachmittagsstöße, der etwa 4 Sekunden anhielt, trat um 5¼ Uhr, der dritte ungefähr 12 Sekunden andauernd, trat um 7¾ Uhr ein. Mit beiden war ein unterirdisches Rollen und eine deutlich wahrnehmbare Erdschütterung verbunden. Die Richtung sämtlicher Erdstöße ging von Süd nach Nord. Wirkungen hatte vorzugsweise der um 2 Uhr 27 Minuten stattgehabte Erdstoß, und waren dieselben noch viel bemerkbarer als bei der in der Nacht vom 12. auf den 13. Januar stattgehabten Erschütterung. Schüsseln fielen an verschiedenen Orten von den Gestellen, Schellen erklangen, Mörtel fiel vielfach von den Wänden, in dem Postgebäude bogen sich zwei Balken auseinander und an den Eisenbahnbauten bei Treisa rutschten Böschungen herab. Die wiederkehrenden Erdstöße haben, wie leicht begreiflich,

Unslaud.

Paris, 25. Januar.

Florenz, 25. Januar.

London, 25. Januar.

Commerce.

— Es liegt im Plane der Re-

— Nach einer Deklaration des

Die in einzelnen Garnisonen

Bezüglich der Theilnahme

— Den Photographinnen

— Die Menge des Neuen

* Follow, 25. Januo

+ Dentmin, 24. Janu

1948

Zernischtes

1997

de beschäftigte ihn jedoch nicht

— In einem von der In

— In der „Independance“

1890

Ziehmärkte

[Faint handwriting]

Börsen-Merid

and new suppliers notwithstanding.